

Antrag

der Abgeordneten Gerhard Jüttemann, Wolfgang Bierstedt, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Nachbesserung der Tarifstrukturreform der Deutschen Telekom AG

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für eine strukturverträgliche Nachbesserung der von der Deutschen Telekom AG vorgelegten Tarifstrukturreform einzusetzen.

Vorrangiges Ziel dieser Nachbesserung muß die Rücknahme der dramatischen Verteuerung der Telefentarife im Nah- und Ortsbereich auf bis zu 260 Prozent der bisher gültigen Preise im sogenannten Standard- und Freizeittarif, also täglich zwischen 5 und 21 Uhr, sein.

Bonn, den 5. Dezember 1995

Gerhard Jüttemann
Wolfgang Bierstedt
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Deutsche Telekom AG hat erklärt, daß die Telefonkunden durch die Tarifstrukturreform 1996 um insgesamt 4,25 Mrd. DM und 1997 um 5,5 Mrd. DM entlastet werden sollen. Gleichzeitig ist es aber so, daß längere Orts- bzw. Nahgespräche zwischen 5 und 21 Uhr dramatisch verteuert werden und zwar teilweise auf bis zu 260 Prozent der bisher gültigen Preise. Dies trifft vor allem Privatkunden und unter denen vor allem alte, kranke, gebrechliche, alleinstehende und behinderte Menschen, die das Telefon oft als die einzige Möglichkeit der Kommunikation benötigen. Diese Menschen, die schon heute zu den sozial schwächeren Schichten der Gesellschaft gehören, führen in den allermeisten Fällen keine Ferngespräche, sondern längere Orts- bzw. Nahgespräche. Im Ergebnis führt die Reform aus diesem Grunde praktisch zu einer Einschränkung der Grundversorgung.

Gleichzeitig ist angekündigt worden, daß Großkunden der Telekom AG Preisnachlässe bis zu 43 Prozent in Abhängigkeit von

ihrem Verkehrsvolumen erhalten sollen. Unterm Strich stellt sich die Tarifreform als großangelegte Umverteilung dergestalt dar, daß die Privatkunden und unter denen vor allem die sozial Schwächsten, die sogenannte Tarifentlastung einseitig finanzieren sollen, während Nutznießer vorrangig die Geschäftskunden, und unter denen wiederum vor allem die Großkunden, sein werden.

Dies ist sozial sowohl ungerecht als auch ungerechtfertigt, weshalb sich eine Nachbesserung zwingend erforderlich macht. Damit wären gleichzeitig die negativen Auswirkungen der Tarifreform auf die Nutzung von Online-Diensten – drastische Einschränkung aus finanziellen Gründen – vom Tisch.